



BIRGIT HEITLAND MdL



SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

das Ende der Pandemie rückt näher! Die Infektionszahlen sinken, immer mehr sind geimpft. Durch die neue Verordnung erhalten Bürger und Unternehmen bei Inzidenzen unter 100 wieder mehr Freiraum. Das ist für Wirtschaft, Kultur, Gastronomie, Tourismus, Vereine, Familien und insbesondere für Kinder und Jugendliche eine sehr gute Entwicklung. Auf Seite 4 dieser Broschüre finden Sie zum Thema Corona-Stufenplan einen spannenden Beitrag meiner Kollegin Sandra Funken. Unsere Wahlkreise haben viele Schnittmengen. So arbeiten wir bei vielen Themen eng zusammen und setzen uns gemeinsam für Südhessen ein. Viel Spaß bei der Lektüre!

Viel Spaß bei der Lektüre!

Birgit Heitland

ARBEITSPLÄTZE FÜR DIE REGION: AUSSENSTELLE FÜRTH DES BENSHEIMER FINANZ- AMTS EINGEWEIFHT

Nach erfolgreichem Abschluss der Sanierungsarbeiten wurde die Außenstelle des Finanzamts Bensheim in Fürth eingeweiht. Insgesamt 3,2 Millionen Euro hat sich das Land Hessen die Restaurierung und den denkmalgerechten Ausbau des historischen Natursteinhauses kosten lassen. Neben dem undichten Dach und den renovierungsbedürftigen Innenräumen war vor allem die Herstellung der Barrierefreiheit und die energetische Sanierung Ziel der Maßnahme.

Bei der aufgrund der Pandemie digital abgehaltenen Veranstaltungen unter anderem mit dabei: Der Hessische Finanzminister Michael Boddenberg und der Fürther Bürgermeister Volker Öhlenschläger. Die Teilnehmer betonten insbesondere das positive Signal der Investition für den ländlichen Raum: Die CDU-geführte Landesregierung verfolgt das Ziel, vermehrt behördliche Arbeitsplätze in ländliche

Regionen auszulagern.

Durch das an das Finanzamt angeschlossene Hessen-Büro können außerdem bis zu 45 Menschen vor Ort in Fürth arbeiten – lange Pendelstrecken gehören der Vergangenheit an. Fürth gehört damit neben Limburg zu den ersten beiden hessischen Kommunen, die über ein Hessen-Büro verfügen. Das dezentrale Arbeiten stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie den Ausgleich von Arbeits- und Freizeit und kommt der Umwelt zugute. Die Hessen-Büros sind ein Baustein der Strukturreform der Hessischen Landesverwaltung.

Auch von Seiten des IGENA-Industrieparks in Wald-Michelbach wurde Interesse daran bekundet, Räumlichkeiten für die Landesverwaltung zur Verfügung zu stellen. Wir werden hier weiter am Ball bleiben, um noch mehr gute Arbeitsplätze in unsere Region zu holen!



Sehr geehrte Damen und Herren,

nach mehr als einem Jahr Corona-Pandemie geben uns die positiven Entwicklungen der letzten Wochen die so lang ersehnte Hoffnung und Zuversicht im Kampf gegen das Virus: Die täglichen Infektionszahlen und Inzidenzen gehen weiter zurück, erste Landkreise können sich von der Bundesnotbremse lösen und mit stetig mehr Impfdosen und der Aufhebung der Priorisierung ab Juni erhalten immer größere Teile der Bevölkerung ihre Impfung und tragen damit zur Entlastung unseres Gesundheitssystems und zur Herstellung einer Herdenimmunität bei. Das ist ein großer und gemeinsamer Erfolg von uns allen, denn all die Maßnahmen und Einschränkungen konnten ihre Wirkung nur entfalten, weil wir auf die ungebrochene Solidarität und Rücksichtnahme in unserem Land zählen konnten. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein und dafür möchte ich Ihnen allen noch einmal ganz herzlich danken!

Mit unserem Öffnungskonzept stellen wir nun erste bedachte und vorsichtige Lockerungen in verschiedenen Bereichen in Aussicht, sobald es die Inzidenzzahlen erlauben. Dennoch müssen wir auch weiterhin vorsichtig bleiben und verantwortungsvoll mit der Situation umgehen. Die Ungeduld darf jetzt nicht zu unserer Schwäche werden, wenn wir nicht wollen, dass die Pandemie noch länger unser Leben bestimmt. Denn trotz der vielen positiven Entwicklungen bleibt die Gefahr des Virus weiter bestehen, und wir dürfen ihm nicht die Chance geben, sich noch einmal in größerem Maße zu verbreiten. Darauf setze ich und bin zuversichtlich, dass wir auch diese Herausforderung und die nächsten Schritte gemeinsam bewältigen werden.

Nun will ich gerne mit Ihnen gemeinsam auf die vergangene Plenarwoche zurückblicken: Mit unserem Setzpunkt zum Thema Kinderschutz haben wir ein Thema aufgegriffen, das uns alle angeht und dem wir uns als CDU-Fraktion seit jeher in besonderer Weise verpflichtet fühlen. Jedes Kind hat das uneingeschränkte Recht, unbeschwert und glücklich aufzuwachsen. Unsere Fraktionsvorsitzende Ines Claus machte deshalb in ihrem Beitrag noch einmal deutlich, dass es für uns alle fortwährende Verpflichtung und Aufgabe ist, Kinder und Jugendliche bestmöglich vor jeglicher Form von Gewalt zu schützen, denn sie sind unsere Zukunft und verdienen

nicht nur deshalb die Aufmerksamkeit und Fürsorge von Staat, Gesellschaft und Familie. In diesem Zusammenhang sollen auch die jüngsten Erfolge der hessischen Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität nicht unerwähnt bleiben, die mit der Zerschlagung der international operierenden Kinderpornografieplattform „Elysium“ sowie ganz aktuell der weltweit größten Plattform „Boystown“ herausragende Beiträge im Kampf gegen die Verbreitung von Kinderpornografie geleistet hat. In weiteren Beiträgen informieren wir Sie über die aktuellen Regelungen zu Corona, die gerade auch für Familien erste Erleichterungen mit sich bringen und bekräftigen gerade in diesen Tagen noch einmal unser Bekenntnis zum Staate Israel. Die Ereignisse im Nahen Osten machen fassungslos und lassen uns bestürzt zurück. Ähnlich geht es uns bei einzelnen Ereignissen in deutschen Großstädten. Umso deutlicher stehen wir auch in Hessen mit Wort und Tat gegen jede Form des Antisemitismus zusammen.

Eine interessante Lektüre und in diesen Zeiten weiterhin viel Gesundheit wünscht Ihnen

Ihr
Holger Bellino
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag



FÜR DEN SCHUTZ UNSERER KINDER – DENN SIE SIND UNSERE ZUKUNFT

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende

Das Wohl unserer Kinder ist für uns als Eltern tägliche Verpflichtung und größtes Glück zugleich. Denn Kinder sind unsere Zukunft, unser Mittelpunkt und es gibt im Leben nichts Schöneres, als sein Kind gesund und geborgen aufwachsen zu sehen. Neben der elterlichen Fürsorge und Zuwendung, die ein jedes Kind verdient, haben gerade sie ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf eine gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Auch deshalb stehen sie unter dem besonderen Schutz von Staat und Gesellschaft. Für uns als CDU-Fraktion hat

dieses Thema seit jeher oberste Priorität und wir kämpfen seit vielen Jahren dafür, dass die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft vor Übergriffen bestmöglich geschützt werden.

Leider erreichen uns aber auch immer wieder schreckliche Nachrichten, in denen Kinder und Jugendliche Opfer von Gewalt werden. Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Kinderpornografie gehören dabei zu den widerlichsten und abstoßendsten Verbrechen überhaupt. So stieg 2019 die Zahl der Kinder, die als Opfer von sexueller Gewalt registriert wurden, um

9 Prozent. Das Internet ist dabei Segen und Fluch zugleich. Einerseits bietet es schier unendliche Möglichkeiten in der Kommunikation, andererseits ruft es seit jeher auch Kriminelle auf den Plan, die sich die Freizügigkeit des Internets zu eigen machen. Es ist daher ein wichtiger Erfolg, dass auf maßgebliche Initiative Hessens das sog. Cybergrooming und damit schon allein der Versuch mit einem Kind im Internet aus sexuellem Interesse in Kontakt zu treten unter Strafe gestellt wurde.

Zum 1. Januar 2008 hat die CDU-Fraktion außerdem dafür gesorgt, dass in Hessen als erstem Land in der Bundesrepublik die U-Untersuchungen für Kinder verpflichtend sind. Hierdurch wurde gewährleistet, dass Kinder in regelmäßigen Abständen Ärzten vorgestellt werden, auch um Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellen Missbrauch aufzudecken. Dabei haben wir die Ärzte von ihrer Schweigepflicht befreit, damit sie Verdachtsfälle dem zuständigen Jugendamt melden können.

Weil es einen kompletten Schutz nicht geben kann, müssen die jungen Opfer

von Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellem Missbrauch bestmöglich ärztlich versorgt und die Beweise detailliert und gerichtsfest gesichert werden – ohne dass es dabei zu einer weiteren Traumatisierung kommt. Außerdem brauchen die Opfer möglichst schnell und professionell Hilfe. Dazu gibt es ein landesweites

„Das Wohl unserer Kinder ist für uns als Eltern tägliche Verpflichtung und größtes Glück zugleich.“

Beratungsnetz, das bald durch eine Koordinierungsstelle noch zielgerichteter arbeiten kann. Zudem gibt es in Hessen acht Opferhilfevereine, die das Land unterstützt und bei denen eine qualifizierte Betreuung durch Ärzte, Jugendpsychologen und auch der Staatsanwaltschaft erfolgt, die alle das Kindeswohl im Blick haben.

Um am Ende auch den Verursachern dieser abscheulichen Taten habhaft zu werden, haben wir ihnen mit über 130 Ermittlern in einer Sondereinheit der hessischen Polizei den Kampf angesagt. Dazu kommt die Zentralstelle zur Bekämpfung

der Internetkriminalität (ZIT) bei der Generalstaatsanwaltschaft, die regelmäßig ganz maßgeblich an Ermittlungserfolgen mit weltweiter Tragweite beteiligt ist. Der Schlag gegen die Kinderpornoplattform „Boystown“ mit einer unfassbaren Größe von 400.000 Mitgliedern ist nur einer der jüngsten Erfolge, der das außerordentliche Können der ZIT unter Beweis stellt.

Trotzdem führen die Zahl der Delikte in diesem Bereich und die Art ihrer Begehung immer wieder vor Augen, dass im digitalen Raum noch deutlich effizienter durchgegriffen werden muss.

Hier müssen sich die anderen Parteien auf Bundesebene endlich auf den Weg machen, mit der CDU effizientere Strafverfolgungsinstrumente einzuführen. Jede Verbesserung bspw. bei der Vorratsdatenspeicherung hilft, der Täter habhaft zu werden.

Unsere Kinder zu schützen, ist eine der zentralen Aufgaben einer starken Gesellschaft. Deshalb bedarf sie auch weiterhin unserer vollen Aufmerksamkeit, und wir sehen es als unsere herausragende Pflicht, das wirkliche Schutzschild für unsere Kinder auch weiterhin zu stärken und auszubauen.

GESCHLOSSEN GEGEN ANTISEMITISMUS

Tobias Utter, MdL

Die schockierenden Bilder aus Israel, die abscheulichen Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zum Teil antisemitischen und menschenverachtenden Demonstrationen und Proteste, nicht nur hier in unserem Land lassen einen sprachlos und verzweifelt zurück. War doch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Gespräche zwischen Israel und den arabischen Staaten ein historisches und hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass scheinbar ewige Feindschaft einer konstruktiven,

pragmatischen Zusammenarbeit gewichen ist. Die erneuten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Palästina trüben nun diese Hoffnung, einer Zweistaatenlösung näherzukommen.

Wir alle hoffen und appellieren an ein schnelles Ende der Gewalt und sind in Gedanken bei den Menschen vor Ort, die so viel Leid zu ertragen haben.

Wer dann in diesen Zeiten jüdische Gemeinden attackiert und bedroht, menschenverachtende Parolen skandiert und seinen Antisemitismus offen auf die Straßen trägt, der steht nicht auf dem Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung. Denjenigen geht es auch nicht um

Kritik an einem Staat und einer Regierung, sondern um Aggression und Hass gegen eine Religion und diejenigen, die ihr angehören.

„Wir stehen für jüdisches Leben in Deutschland und ganz entschieden gegen jede Form von Antisemitismus.“

Wir sind Ministerpräsident Volker Bouffier und Landtags-

präsident Boris Rhein sehr dankbar, dass sie mit dem Hissen der Staatsflagge Israels vor Staatskanzlei und Landtag ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus und für das Existenzrecht Israels gesetzt haben. Für uns ist klar: Hessen ist ein offenes Land und wir stehen für jüdisches Leben in Deutschland und ganz entschieden gegen jede Form von Antisemitismus. Mit einem eigenen Beauftragten und vielen großen und kleinen Projekten und Maßnahmen macht die Landesregierung dies auch immer wieder in Wort und Tat deutlich.





ZUM CORONA-STUFENPLAN – ERLEICHTERUNGEN GERADE AUCH FÜR FAMILIEN

Sandra Funken, MdB

Mit dem verantwortungsvollen Öffnungskonzept

der CDU-geführten Landesregierung tragen wir der erfreulichen Entwicklung des Infektionsgeschehens Rechnung und ermöglichen vielen Menschen in unserem Land erste Erleichterungen und vorsichtige Lockerungen. Die neuen Regeln des Stufenplans umfassen viele Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens.

Als zweifache Mutter freut es mich dabei besonders, dass wir in mehr und mehr Regionen, in denen die Inzidenzen unter 100 fallen, Einschränkungen im

Bereich der Schulen, Kitas und bei den Freizeitangeboten zurücknehmen können. Mit der Rückkehr in den Präsenzunterricht für die Klassenstufen 1-6 sowie den Abschlussklassen ermöglichen wir den Schülerinnen und Schülern ein Stück weit den normalen Schulalltag, auf den sie so lange verzichten mussten. Auch die Rückkehr in den Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen in den Kitas und die Möglichkeit von Freizeit- und Sportangeboten schaffen neue Perspektiven für Kinder und Jugendliche und bedeuten auch für die Eltern eine große Entlastung.

Vor dem Hintergrund der herannahenden Sommerzeit sind das tolle Nachrichten,

die zuversichtlich stimmen, aber auch die nötige Vorsicht und Rücksichtnahme weiterhin einfordern. Die Pandemie ist noch nicht vorbei, aber wir sind ein großes Stück weiter. Das macht mir Hoffnung und ich bin zuversichtlich, dass wir mit dem stetig steigenden Impftempo und der Aufhebung der Priorisierung ab Juni Schritt für Schritt zu einer Normalität nach der Pandemie zurückkehren werden.

Alle weiteren Einzelheiten zum Öffnungskonzept und den Stufenplan finden Sie unter:



ZUM ERSTEN PETITIONS- GESETZ FÜR HESSEN

Birgit Heitland, petitionspolitische Sprecherin

Abgeordneten vielmehr um jedes einzelne Anliegen und suchen in Ortsterminen oder bei runden Tischen mit allen Beteiligten nach gemeinsamen Lösungen.

Das Petitionsrecht ist ein „Jedermannsrecht“ und ein wichtiges Instrument der direkten Bürgerbeteiligung. Im vergangenen Jahr haben über 1.400 Menschen eine solche Eingabe an den Hessischen Landtag gerichtet und die Abgeordneten um ihre Unterstützung in verschiedensten Angelegenheiten gebeten. Die Petentinnen und Petenten nutzen dadurch die Möglichkeit, sich direkt und unkompliziert an den Landtag zu wenden und um Unterstützung für ihre Anliegen durch den Petitionsausschuss zu bitten. Bei diesem niederschweligen Verfahren ist es nicht nötig, Unterschriften zu sammeln, Quoren zu erreichen oder sich andere Unterstützer zu suchen. Nach Einreichung kümmern sich die

Mit dem Petitionsgesetz werden die Regelungen für die Behandlung von Petitionen nun erstmals in Hessen als Gesetz festgeschrieben. Das ist ein wichtiges Signal für die Bedeutung und auch eine Aufwertung der Arbeit des Petitionsausschusses. Es trägt außerdem dazu bei, das Petitionsrecht noch transparenter für die Bürgerinnen und Bürger zu machen. Zudem werden die Auskunfts- und Informationsrechte der Abgeordneten deutlich aufgewertet. Die Tatsache, dass das Gesetz gemeinsam von den vier demokratischen Fraktionen des Landtages eingebracht wurde, unterstreicht dabei nicht nur die besondere Bedeutung des Petitionsrechts, sondern darüber hinaus den gemeinsamen, fraktionsübergreifenden Willen, an Lösungen zum Wohle der Menschen in unserem Land zu arbeiten.

Unser Erklärvideo finden Sie hier:



IMPRESSUM

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de
twitter.com/cdu_fraktion
facebook.com/cdufraktionhessen
www.instagram.com/cdufraktion

Birgit Heitland MdB

Wahlkreis Bergstraße II
Schönbacher Straße 5 | 64646 Heppenheim
Tel.: 06252 - 98 21 44 | b.heitland@ltg.hessen.de
Fotos: Scarlett Rüger, Marius Schmitt,
cdu.de, cduhessen.de, Privat